

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 29.10.2009 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller (ohne Ziffer 1)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat M. Müller (ab 18.27 Uhr, Ziffer 7)  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 13 B)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof (Vorsitz Ziffer 1)  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Schmidt (ohne Ziffer 1)

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm  
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)  
Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Herr Pohl, Stadtplanung  
Dipl. – Ing. Richter (bis Ziffer 14)  
Amtsrat Winterstein (Ziffer 1)  
Herr Most, Geschäftsführer Stadtmarketingverein (Ziffer 7)  
Herr Paul, 1. Vorsitzender Stadtmarketingverein (Ziffer 7)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat May  
Stadtrat E. Müller  
Bürgermeisterin Regan

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass der Punkt 12.2. „Antrag der SPD vom 08.09.2009 – Präsente der Stadt Kitzingen bei Trauungen bzw. für Neubürgerinnen und –bürger“ nicht behandelt werde, nachdem weitere Vorschläge beispielsweise hinsichtlich Geschenken für Neugeborene vorliegen. Diesbezüglich werde in einer der nächsten Sitzungen eine Vorlage als Gesamtpaket ergehen.

Ebenfalls wird Tagesordnungspunkt 8 „Städtischer Zuschuss an den Stadtmarketingverein 2010 ff“ abgesetzt, nachdem in heutiger Sitzung lediglich der Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers zur Kenntnis genommen werden soll und die Entscheidung hinsichtlich des Zuschusses in der Stadtratssitzung am 12.11.2009 gefasst werde.

-2. Bürgermeister Christof übernimmt den Vorsitz-

#### 1. Private Nutzung des Dienstwagens durch den Oberbürgermeister

(Oberbürgermeister Müller und Stadträtin Schmidt sind aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begeben sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Amtsrat Winterstein geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass bislang die private Nutzung des Dienstwagens durch den Oberbürgermeister nicht geregelt sei. Er erklärt, dass man im Grunde zwischen der reinen Privatfahrt (theoretisch gegen Entgelt genehmigungsfähig), wofür sich die Verwaltung nicht ausspreche und den Fahrten von der Dienststelle zur Wohnung (lt. Rechtssprechung unentgeltlich) unterscheidet. Bei einer unentgeltlichen Überlassung bestehe jedoch ein geldwerter Vorteil, der versteuert werden müsste (Nachweis über Fahrtenbuch bzw. Pauschale). Aufgrund des geringeren Aufwandes spricht sich die Verwaltung für die Pauschalregelung ( $0,03\% \times \text{Leistungspreis des Dienstwagens} \times \text{Entfernung Dienststelle/Wohnung}$ ) aus.

#### B. **Mit 24 : 0 Stimmen**

1. Dem Oberbürgermeister ist die Nutzung des Dienstfahrzeuges für private Fahrten grundsätzlich nicht gestattet.
2. Für Fahrten zwischen Dienststelle und der Wohnung bzw. zwischen Wohnung und der Dienststelle wird dem Oberbürgermeister die Nutzung des Dienstfahrzeuges gestattet, wenn dies dazu dient, dienstlich Termine (z. B. am Wochenende) wahrzunehmen.

3. Die unter Nr. 2 genannten Fahrten sind als geldwerter Vorteil nach der 0,03 % Methode zu versteuern.

-Oberbürgermeister Müller übernimmt wieder den Vorsitz-

2. Natur in Kitzingen 2011 (Gartenschau)  
Ausschreibung Minigolfanlage

**Ohne Abstimmung**

Es wird davon Kenntnis genommen, dass bis zum heutigen Tag keinerlei Reaktion von Interessenten auf die Neuausschreibung (erfolgt am 02.10.2009) der Errichtung einer Minigolfanlage im Bereich des Bleichwasens erfolgt ist. Es erfolgten keinerlei Rückmeldungen, Anrufe usw.

Der Beschluss vom 24.09.2009 wird vollzogen.

3. Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes auf Fl.Nr. 2263 und 2260 zur Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat lehnt die Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes südlich der Larson Barracks mit dem Ziel der Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik ab.

4. Änderung in der Besetzung von Aufsichtsräten  
a) Gesellschaft zur Durchführung der Kleinen Gartenschau 2011  
b) Stadtbetriebe Kitzingen GmbH

**A. Ohne Abstimmung**

Die personelle Änderung der UsW im Aufsichtsrat der Gesellschaft zur Durchführung der Kleinen Gartenschau 2011 wird zur Kenntnis genommen:

Mitglied: Stadtrat May                      Stellvertreter: Stadtrat Schmidt

**B. Ohne Abstimmung**

Es wird davon Kenntnis genommen, dass Stadtrat Sycha den Sitz im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe GmbH behält.

5. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2008:  
Budget Parkplätze/Parkscheinautomaten - UA 6815 -

**Ohne Abstimmung**

Die Abrechnung des Budgets Parkplätze/Parkscheinautomaten – UA 6815 – für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit einem Defizit in Höhe von 27.340,51 € ab.

Das Defizit wird in voller Höhe in das Haushaltsjahr 2009 übertragen.

6. Wirtschaftswegebau Sickershausen nach Mainbernheim (Radweg Lückenschluss)  
Auftragsvergabe nach VOB/A

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Baumaßnahme „Wirtschaftswegebau Sickershausen / Mainbernheim (Radweg Lückenschluss)“ wird auf Grundlage des Angebotes vom 08.10.2009 an die Fa. Trend-Bau GmbH, mit einer Auftragssumme in Höhe von 68.641,50 € incl. 19 % MWSt., vergeben.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragsschreiben zu unterzeichnen.

7. Tätigkeitsbericht des Stadtmarketingvereins

(Der Bericht des Stadtmarketingvereins ist der Niederschrift als wesentliche Anlage beigelegt.)

- A. Herr Paul, 1. Vorsitzender des Stadtmarketingvereins geht vor dem Bereich von Geschäftsführer Thomas Most auf die grundlegende Bedeutung des Stadtmarketings ein. Er stellt dar, dass der Verein lediglich Dinge anstoßen könne und für eine Umsetzung es vieler Beteiligter (Firmen, Verwaltung, Stadtrat) bedürfe. Er bittet, dass auch zukünftig die Stadt den Verein unterstützt um das gemeinsame Ziel „Kitzingen“ weiter voranzubringen.

Im Folgenden geht Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins ausführlich auf den Bericht ein. Dieser liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Abschließend bedankt sich Oberbürgermeister Müller für den eindrucksvollen Bericht und die geleistete Arbeit. Er ist froh, dass der Verein diese Tätigkeiten übernimmt, nachdem dies alleine von der Verwaltung nicht geleistet werden könnte.

8. Jahresantrag zum Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" 2010

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Anfrage aus der Finanzausschusssitzung, ob bei der Maßnahmen „Soziale Stadt“ auch Anliegerbeiträge fällig werden und stellt dar, dass bei einer Verbesserung beispielsweise von Ortsstraßen Anliegerbeiträge den bekannten Sätzen abgerechnet werden müssen.

**B. Mit 23 : 4 Stimmen**

1. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ 2010 wird für die Haushaltsjahre 2010 - 2013 wie folgt festgesetzt:

2010:	665.000 €
2011:	2.415.450 €
2012:	2.233.750 €
2013:	1.573.000 €

2. Die aus der Anlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen wurden zur Förderung angemeldet.

9. Informationsfreiheitssatzung;

hier: 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der Großen Kreisstadt Kitzingen

**Mit 27 : 0 Stimmen**

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt aufgrund von Art. 20 BayKG (Kostengesetz) und Art. 23 BayGO (Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern) folgende

**S a t z u n g**

**§ 1**

**Änderung**

Das Kommunale Kostenverzeichnis – KommKVz – (Anlage zu § 2 der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der Großen Kreisstadt Kitzingen vom 12.08.1997 i. d. F. der Änderungssatzung vom 05.12.2002)

wird wie folgt geändert:

In der Tarifgruppe 0 (Allgemeine Verwaltung) wird die neue Tarif-Nr. 007 (Übermittlung von Informationen nach der Informationsfreiheitssatzung) wie folgt ergänzt:

- |  |                |
|--|----------------|
| 1 a) Erteilung einer Auskunft, je nach Aufwand   | 5 € bis 100 €  |
| b) Für einfache mündliche und fernmündliche Auskünfte werden keine Gebühren erhoben.   |                |
| 2. Ermöglichung der Einsichtnahme in Akten und sonstiger Informationsträger  |                |
| a) in einfachen Fällen   | 5 € bis 25 €   |
| b) bei umfangreichem Verwaltungsaufwand  | 26 € bis 50 €  |
| c) bei außergewöhnlichem Verwaltungsaufwand insbesondere, wenn Daten ausgesondert werden müssen zum Schutz überwiegend öffentlicher oder privater Interessen (§§ 7, 9 und 10 der Informationsfreiheitssatzung) | 51 € bis 100 € |
| 3. Fertigung von Fotokopien je Seite DIN A 4   | 0,50 €         |
| Fotokopien von Plänen je nach Aufwand  | 1 € bis 5 €    |
| 4. Bei Ablehnung eines Antrages auf Informationsgewährung bzw. einer   |                |

Einsichtnahme in Akten wird die Hälfte der vorstehend für eine Auskunftserteilung bzw. eine Einsichtnahme in Akten vorgesehenen Gebühr zuzüglich der entstandenen Auslagen erhoben.

## § 2

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.11.2009 in Kraft.

#### 10. Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Anwesen "Falterstraße 5", Kitzingen - Teilflächen A+B; geänderter Antrag vom 23.09.2009 des Herrn Schunk

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Böhm als Umweltreferent spricht sich ebenfalls dafür aus.

2. Bürgermeister Christof stellt fest, dass das Aufbringen von Solarzellen genehmigungsfrei sei, worauf Herr Pohl dies im Grunde bejaht, gleichwohl in diesem Fall die Gestaltungssatzung entgegenstehe.

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, die Gestaltungssatzung an die gegenwärtigen energetischen Möglichkeiten (Solar, Photovoltaik) anzupassen.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass die Dachflächen in der Gestaltungssatzung nicht geregelt seien und deshalb der Beschluss nicht gefasst werden müsse.

Stadtplaner Neumann bejaht dies und erklärt, dass lediglich aus formellen Gründen der Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses aufgehoben werden müsse.

#### B. **Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat hebt den Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 22.09.2009 auf.

#### 11. Antrag der kik „Erhaltung der Deusterkeller als Kulturdenkmal. Baldmögliche Nutzung der Keller als touristische Attraktion“

#### **Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die Stadt Kitzingen als Eigentümerin stimmt dem Vorschlag einer zukünftigen touristischen Nutzung der Deusterkeller grundsätzlich zu, soweit ein Dritter die Investitions- und Betriebskosten übernimmt.

3. Der Verein Deusterkeller e. V ist in die Entscheidungen mit einzubinden.

#### 12. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2009 auf Erstellung eines neuen Zentrenkonzeptes für die Stadt Kitzingen / Fortschreibung des Zentrenkonzeptes

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Vorstellung der verschiedenen Büros im September 2009 und das Ergebnis in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung, wo-

nach zunächst anhand der Grundlagenerhebung und der Analyse ein Entwurf erstellt werden sollte, der unter Einbeziehung aller Beteiligten in verschiedenen Workshops beraten werde. Im Anschluss daran könne über die Vergabe der abschließenden Bearbeitung des Zentrenkonzepts beschlossen werden.

#### **B. Mit 24 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 29.01.2009 die Vergabe der Fortschreibung des Kitzinger Zentrenkonzeptes für den Analyseteil, die Erarbeitung eines Entwurfes sowie die Durchführung von Workshops an das Büro Stadt+Handel (Dortmund).
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, das gemäß Nr. 2 ausgewählte Büro zu beauftragen.

#### **13. Antrag Nr. 69-09-09 der KIK - Fraktion im Kitzinger Stadtrat Berichterstattung über Beschaffungsmaßnahme Bänke und Papierkörbe**

##### **A. Oberbürgermeister Müller verweist auf folgenden Sachvortrag:**

1. Nach der Vorstellung der Rahmenkonzeption im Stadtrat und der Bürgerbeteiligung wurde zunächst bei der Regierung von Unterfranken eine formlose Anfrage hinsichtlich der Fördermöglichkeit gestellt. Eine schriftliche Antwort steht noch aus.
2. Aufgrund eines Gespräches vom 19.10.2009 mit der Förderstelle bei der Reg. v. Ufr. soll durch die Stadt Kitzingen nun ein offizieller Zuwendungsantrag gestellt werden.  
Es soll ein Zuschuss in Höhe von 60 % der zuwendungsfähigen Kosten beantragt werden (Gesamtkosten rd. 175.000 €, davon zuwendungsfähig rd. 148.000 €, Zuschuss 60 % = 88.800 €).
3. Unklar ist, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe ein Zuschuss gewährt werden kann.
4. Eine Ausschreibung der Möblierung (gemäß VOL/A) war bisher deshalb nicht möglich. Sie kann erst nach dem Förderbescheid und entsprechender Beschlussfassung im Stadtrat erfolgen.
5. Zwei Stück Musterbänke wurden preisgünstig vom Hersteller übernommen, weil der Rücktransport unrentabel wäre. Sie stehen bei der Begrünung im Bereich Marktcafe.

2. Bürgermeister Christof fragt nach, wie man nun weiter vorgehen werde, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese Maßnahmen bei der Regierung nicht die höchste Priorität habe und eine abschließende Förderzusage noch nicht erteilt werden konnte. Fest stehe, dass die Pflanzenkübel nicht gefördert werden. Darüber hinaus sollte man sich seiner Auffassung nach hinsichtlich der Standards (u. a. Papierkörbe) Gedanken machen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man dem Stadtrat, im Falle die Förderung fällt nicht wie erhofft aus, diese Angelegenheit mit Blick auf die Standards nochmals vorlegen werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Beschaffung der Stadtmöblierung, wobei sich manchen Stadträte verwundert ob der Vorgehensweise (Vorstellung und Beschlussfassung der Möbel ohne Zuschusszusage) zeigen, worauf Stadträtin Stocker den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

**B. Mit 23 : 3 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

**C. Ohne Abstimmung**

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

**14. Bestehende Brücke zur Mondseeinsel – Information zur Tragfähigkeit**

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und stellt dar, dass seitens des Ingenieurbüros Fischer festgestellt worden sei, dass die Brücke bis zu 7,5 t belastet werden könne, wenn bei den Fahrzeugen ein Radabstand von min. 2,0 Meter vorhanden sei und wenn diese nur auf den Längsträgern bewegt werden. Hierzu sind zwei Orientierungstreifen auf die Brücke aufgebracht worden. Aus diesem Grund konnte auch der Baustellenverkehr für die Bauarbeiten auf der Mondseeinsel hinsichtlich Natur in Kitzingen über diese Brücke abgewickelt werden. Gleichwohl ändere dies nichts an der Tatsache, dass die Brücke erneuert werden müsse.

2. Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, ob die Aussagen des Gutachters zur Tragfähigkeit zutreffen. Seiner Auffassung nach sollte man die zulässige Tonnage der Brücke reduzieren, wonach die Brücke noch längere Zeit halten könnte. Er stellt den Antrag, diese Maßnahme zu verschieben - auch mit Blick auf Natur in Kitzingen, nachdem er Bedenken habe, dass die Brücke bis zur Kleinen Gartenschau fertig gestellt sei. Die eingesparten 2,5 Mio. € könnten für andere wichtigere Maßnahmen freigeschaufelt werden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass kein Gutachter eine Gewährleistung für die Tragkraft der Brücke über fünf Jahre geben würde und bei einem Unfall er als Oberbürgermeister bzw. der Stadtrat in die Haftung genommen würde. Hinsichtlich der Kosten stellt er dar, dass diese 1,9 Mio. € betragen und der Abriss von der Stadtbetriebe GmbH übernommen werde. Im Übrigen erhoffe sich die Stadt Zuschüsse in Höhe von 1,0 Mio. €.

Dipl. – Ing. Richter erklärt, dass die Korrosion der Brücke sehr stark fortgeschritten sei und deshalb auch saniert werden müsste. Von einem Provisorium (Verstärkung mit Beton) rate er ab, nachdem damit das Eigengewicht der Brücke erhöht werde. Er erklärt, dass am kommenden Dienstag die nächste Brückenprüfung stattfindet. Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Sanierung der Brücke und stellen das Für (Sicherheitsgründe) und Wider (Kostenfaktor, Bauzeit) dar.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass eine Verschiebung aus Haushaltsgründen nur dann sinnvoll sei, wenn man die eingesparten Mittel nicht für andere Maßnahmen verwendet, sondern für die Reduzierung von Kreditmaßnahmen bzw. Verzicht von Rücklagenentnahmen. Im Übrigen gibt er zu Bedenken, dass sich bei einer Verschiebung der Brücke die Zuschussituation verschlechtern könnte sowie bei Handlungsbedarf während der Freibadsaison, das Bad geschlossen werden müsse.

2. Bürgermeister Christof lässt den Antrag solange ruhen, bis das Ergebnis der Brückenprüfung vorliegt, worüber er bittet, Bericht zu erstatten.

## **B. Ohne Abstimmung**

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

### 15. Ansätze für ein Kitzinger Wirtschaftsförderungskonzept

- A. Frau Noormann, Stabstelle des Oberbürgermeisters geht ausführlich anhand einer Präsentation auf die Wirtschaftsförderung in Kitzingen ein und stellt die aktuellen sowie die zukünftigen Projekte dar. Ziel sei die Einrichtung einer starken und leistungsfähigen Wirtschaftsförderung für die Stadt Kitzingen als einheitlicher Ansprechpartner für Unternehmen, Investoren und Standortmarketing.

## **B. Ohne Abstimmung**

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis .

### 16. Expo Real 2009

- A. Frau Noormann geht ausführlich auf die Beteiligung an der Messe Expo-Real ein und stellt die Tätigkeiten dort und die stattgefundenen Kontakte (insgesamt 36) dar. Als nächstes werde man den Firmen weitere Informationen zukommen lassen und in Kürze hinsichtlich Gesprächsterminen auf diese zugehen.

Bürgermeister Christof könne den dargestellten Erfolg nicht teilen. Seiner Auffassung nach müsste man die einzelnen Bereiche besser, unter anderem mit aktuellem Info-Material, bewerben. Er spricht sich gegen eine weitere Beteiligung an der Expo-Real aus.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Auftritt und über die Vorgehensweise bei Vermarktungsanstrengungen.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass in dieser Branche einige Gepflogenheiten beachtet werden müssten und sich das Auftreten der Stadt – auf der Messe wie auch außerhalb – absolut angemessen sei.

## **B. Ohne Abstimmung**

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

### 17. Einführung eines Flächenmanagement für die Stadt Kitzingen

- A. Frau Noormann geht ausführlich auf ein Flächenmanagement, dass in Kitzingen eingeführt werden soll, ein. Dabei stellt sie das Vorgehen sowie die Umsetzung dar und weist besonders darauf hin, dass hierzu eine Datenbank aufgebaut werde mit dem Ziel der Standortaktivierung, der Vernetzung der Eigentümer, einer effektiven Wirtschaftsförderung durch zügige Vermittlung sowie einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Im Folgenden geht sie kurz auf die Inhalte der Datenbank ein. Abschließend stellt sie die nächsten Schritte dar und verweist auch auf eine Ausstellung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zum Thema „Flächensparen“, die sie gerne in Kitzingen präsentieren möchte.

## **B. Ohne Abstimmung**

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

#### 18. Information von Oberbürgermeister Müller

##### Schreiben der Landrätin in Sachen „Finanzielle Beteiligung an den Gewächshäusern im Rahmen der Kleinen Gartenschau“

Oberbürgermeister Müller verliest ein Schreiben der Landrätin aufgrund des Antrages der CSU auf Beteiligung des Landkreises beim Projekt „die kleine Gartenschule“ im Rahmen von „Natur in Kitzingen“. Er stellt dar, dass der Landkreis sich bereits mit 100.000,00 € an zwei Projekten an der Gartenschau beteiligt und auch aus Gleichheitsgründen (Gartenbau speziell für Kitzingen) gegenüber weiteren Landkreisgemeinden eine weitere Förderung ablehne. Im Übrigen verwehrt sich die Landrätin in ihrem Schreiben, die Forderung mit Lasten, die die Stadt Kitzingen durch die Alte Mainbrücke habe bzw. der Realschule haben könnte, aufzurechnen. Diese Entscheidungen basierten jeweils auf rechtlicher Grundlage.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass er an der Sitzung von LEADER + teilgenommen habe und die Stadt eine Förderung in Höhe von 50 % der Gesamtkosten (sonst max. 150.000,00 €) erhalte.

Stadtrat Weiglein drückt sein Unverständnis hinsichtlich des Schreibens aus, nachdem er den Inhalt nicht für gerechtfertigt halte. Seiner Auffassung nach habe die Stadt mit der Alten Mainbrücke sowie mit der ehem. Realschule Verpflichtungen, die der Stadt noch viel abverlangt werden. Darüber hinaus erhalte die Stadt keinerlei Unterstützung im Rahmen des regionalen Planungsverbandes, in dem der Landkreis auch die Belange der Stadt Kitzingen unterstützen sollte und verweist auf eine stattgefundene zusätzliche Flächenausweisung im Gewerbegebiet Mainfrankenpark, obwohl in Kitzingen die Konversionsflächen zur Verfügung ständen.

Oberbürgermeister Müller bittet diese Dinge nicht miteinander zu verquicken. Die CSU habe den Antrag gestellt und die Landrätin habe die Antwort darauf gegeben.

Stadtrat Moser spricht seinen Unmut dahingehend aus, dass der Oberbürgermeister der Landrätin die im persönlichen Gespräch genannten Punkte zusätzlich zum Antrag weitergegeben habe. Darüber hinaus hätte Richtigerweise die Angelegenheit unter Tagesordnungspunkt 12 „Anträge der Fraktionen und Gruppen“ behandelt werden müssen.

#### 19. Anfragen von Stadtrat Pauluhn

- Fortschreibung Landesentwicklungsplan – Stellungnahmen der Stadt

- Rechtssprechung des Europäischergerichts- und des Bundesfinanzhofes

Stadtrat Pauluhn verweist auf zwei Anschreiben hinsichtlich der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes (Innenstadt und erneuerbare Energien) und fragt nach, ob diese dem Stadtrat hinsichtlich möglicher Stellungnahmen vorgelegt werden.

Stadtplaner Neumann bestätigt den Eingang des Schreibens in Sachen „Innenstadt“ wozu seitens der Verwaltung Anmerkungen zu einem pauschalen Thesenpapier erwartet wurden, was nach interner Beratung nicht als notwendig erachtet wurde. Ein zweites Schreiben kenne er nicht.

Darüber hinaus verweist Stadtrat Pauluhn auf ein Urteil des Europäischen Gerichts- bzw. des Bundesfinanzgerichtshofes hinsichtlich der fehlerhaften Mehrwertsteuerfestlegung bei Erschließungsanlagen und ist der Auffassung, dass man den betroffenen Bürgern die zuviel entrichteten Beträge zurückerstatten sollte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass gegenwärtig gemeinsam mit der LKW die entsprechenden Fälle herausgesucht werden. Anschließend überweise die

LKW die Beträge an die Stadt, so dass diese an die betroffenen Bürger Rücküberwiesen werden können.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.**

Oberbürgermeister (ohne Ziffer 1)

Protokollführer

2. Bürgermeister Christof (Vorsitz Ziffer 1)